

1. Das Umfeld, in dem wir politisch intervenieren

- Die neokonservative Gegenoffensive hat sich weitgehend durchgesetzt _____ 3
- Alle nach rechts ! _____ 4
- Soziale Unzufriedenheit und Widerstandspotential _____ 6

2. Die Natur der «Linken»

- Das Ende einer Phase der Arbeiterbewegung _____ 9
- «Aktiver Beitrag» zur Durchsetzung von Gegenreformen _____ 9
- *A gauche toute!* (*Alle nach links!*): wirklich ? _____ 11

3. Voraussichtliche Entwicklung der politischen Landschaft der Schweiz _____ 13

4. Welche strategische Ausrichtung in diesem Umfeld ?

- Die Organisierung und Selbstaktivität möglichst vieler muss gefördert werden ___ 15
- Aufbau einer neuen Arbeiterbewegung... und einer antikapitalistischen Linken ___ 15
- Unser Projekt steht jenem der «Linken» diametral entgegen _____ 16
- Eine Neuzusammensetzung «von unten» _____ 18

5. Welche Aufgaben, welches «Arbeitsprogramm» ?

- A) Teilnahme am Aufbau einer neuen Arbeiterbewegung _____ 21
- für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik _____ 21
 - Stimulierung und aktive Teilnahme an Auseinandersetzungen, um so die Organisierung und Selbstaktivität zu fördern _____ 22
- B) Der Aufbau einer eigenen politischen Organisation _____ 22
- Propagandazeitungen, Websites, politische Veranstaltungen _____ 22
 - Visitenkarte _____ 23
 - Aufbau in der Jugend _____ 23
 - Politisches Auftreten gegen aussen _____ 23



Streik-Demonstration des öffentlichen Personals in Lausanne, Kanton Waadt, 12. November 2008

1. Das Umfeld, in dem wir politisch intervenieren

Das Umfeld, in dem wir arbeiten, weist mehrere Merkmale auf, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir unser politisch-strategisches Projekt für die nächste Zeit formulieren wollen.

Die neokonservative Gegenoffensive hat sich weitgehend durchgesetzt

In der *Schweiz* fällt das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit historisch klar zugunsten des Kapitals aus, das absolut vorherrschend ist. Die *Schweiz* ist in der Tat das Land der Unternehmer, wo diese im Vergleich zu den Bourgeoisien anderer industrialisierter Länder seit langem enorm im Vorteil sind. Zu Beginn der langen Welle wirtschaftlichen Abschwungs anfangs der 1970er Jahre haben die herrschenden Klassen versucht, die Aufteilung des von den Lohnabhängigen produzierten Reichtums und damit das in den vorhergehenden 25 Jahren (lange Welle des wirtschaftlichen Aufschwungs) aufgebaute soziale Kräfteverhältnis weiter zu ihren Gunsten zu verändern. Deshalb wurde eine neokonservative Reform in Gang gesetzt. In der *Schweiz* begann diese anfangs der 1990er Jahre ihre Wirkung voll zu entfalten. Ca. 17 Jahre später ist die Bilanz eindeutig: die neokonservative Gegenreform hat sich weitgehend durchgesetzt. Die Bourgeoisie und die in ihren Diensten stehende Regierung haben den Lohnabhängigen zahlreiche Niederlagen bereitet:

- Erstens ist es ihnen gelungen, den Produktions- und Arbeitsprozess völlig neu zu organisieren. Damit haben sie ein wichtiges Ziel erreicht: die Lohnabhängigen wurden dazu gebracht, länger zu arbeiten und die Arbeitsintensität wurde erhöht. Die «stabilen» Arbeitsverhältnisse wurden «prekarisiert», die Teilzeitarbeit ausgeweitet, die Zahl der Lohnabhängigen, die abends, nachts und am

Wochenende arbeiten müssen, wurde erhöht, der Arbeitsmarkt liberalisiert (*Bilaterale Abkommen* mit der *EU*) usw.

- Zweitens haben die Unternehmer den direkten Lohn erfolgreich angegriffen. Dies zeigte sich darin, dass sich die Schere zwischen Produktivitätsfortschritt und Lohnentwicklung weiter geöffnet hat.

- Drittens wurde das Recht auf eine Rente bei Erwerbslosigkeit, Invalidität, Krankheit oder Alter zunehmend in Frage gestellt. Diese Politik «sozialer Verunsicherung» hatte zwei Ziele: die Unternehmerpolitik sollte erleichtert werden, das heisst, Arbeit sollte zu allen Bedingungen angenommen werden müssen; die Dauer der Berufstätigkeit/Berufslebens sollte verlängert und die Löhne gesenkt werden usw. Zusätzlich sollten für Privatinvestoren neue Märkte geschaffen werden nach dem Vorbild der Zusatzversicherungen bei den Krankenkassen oder der 3. Säule.

- Viertens wurde generell der Bereich erweitert, in welchem privates Kapital Profite erwirtschaften kann: Telekommunikation, Post, Gesundheit, Bildung usw.

- Fünftens wurde die *Schweiz* als Steuerparadies der Reichen weiter ausgebaut. Die Kehrseite der Medaille: die Steuern für Menschen mit tieferen Einkommen wurden erhöht. Rechnet man zu den Steuern die Krankenkassenprämien hinzu, sind die Steuern heute in der *Schweiz* sogar degressiv!

Kurz: dank der Unternehmeroffensive wurde die Verteilung des Mehrwertes zugunsten des Kapitals und zuungunsten der Lohnabhängigen verschoben. Mit der Politik der 1990er ▶

◀ Jahre und der ersten Jahre des neuen Jahrtausends wurde der für das Kapital im internationalen Vergleich extrem günstige wirtschaftliche und soziale Rahmen weiter gefestigt.

Für die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen hingegen wurden mit der neokonservativen Offensive die Hoffnungen auf regelmässigen sozialen Fortschritt in sicherem Umfeld zerstört. Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg haben grosse Teile der in der *Schweiz* lebenden Bevölkerung wieder sozialen Abstieg und Unsicherheit erlebt: relativ hohe und für den Einzelnen langandauernde Erwerbslosigkeit, prekäre Anstellungsbedingungen selbst in früher «geschützten» Bereichen wie dem öffentlichen Dienst, Druck auf die Löhne, der durch die Liberalisierung des Arbeitsmarktes noch verstärkt wurde, wachsende Sorge um die Renten usw. Breite Schichten neuer Lohnabhängiger kennen die Arbeitswelt nur noch als einen Ort harter Konkurrenz. Eine wachsende Zahl Jugendlicher kennt nur noch den prekarierten Arbeitsmarkt: Praktika, Kurzzeit-Anstellungen usw. Sogar für die Studierenden hat sich die Lage verschlechtert: gemäss Bundesamt für Statistik müssen sich 78% das Studium selber verdienen.

Die Arbeiterbewegung wurde in der vergangenen Periode beträchtlich geschwächt, nachdem sie in der *Schweiz* schon in der Vergangenheit nicht besonders stark gewesen war. Im grössten Gewerkschaftsbund, dem *Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB)*, ist heute nur noch ein kleiner Teil der Lohnabhängigen, die in der *Schweiz* arbeiten, organisiert – weniger als 10%. Die Verankerung der Gewerkschaften am Arbeitsplatz im Sinn autonom aktiver Gruppen von Lohnabhängigen gibt es heute in der *Chemie* nicht mehr, hat es in den Banken und Versicherungen nie gegeben und gibt es nur

noch sehr wenig in den meisten Betrieben der Metall- und Uhrenindustrie. In der Druckindustrie ist die gewerkschaftliche Verankerung stark zurückgegangen, im Detailhandel wird sie stark behindert und im öffentlichen Dienst beschränkt sie sich auf einige Bereiche. Das heisst, die Selbstaktivität der Lohnabhängigen ist sehr gering. Deshalb fehlt eine Kultur der Klassenpositionen, was eine politisch-soziale Verankerung in Teilen der Lohnabhängigen erst möglich machen würde. Zudem fehlt es völlig an Lohnabhängigen, die das System an sich ablehnen.

Alle nach rechts !

Die *Schweizerische Volkspartei (SVP)*, die zu Beginn der neokonservativen Offensive relativ schwach war, ist heute zur hegemonischen Kraft geworden. Es gelang ihr, die Stimmen folgender Sektoren für sich zu gewinnen (die sich teilweise überschneiden):

- Eine rechtsextreme Wählerschaft, die zu Beginn der 1980er Jahre vor allem in der *Deutschschweiz* entstanden ist.
- Ein Teil der sogenannten «*Mittelschichten*». Die *SVP* konnte diese vor allem mit ihrer aggressiven Steuersenkungspolitik zugunsten mittlerer und hoher Einkommen gewinnen.
- Eine Schicht Lohnabhängiger und RentnerInnen, die wegen der neokonservativen Offensive destabilisiert waren.

Die *SVP* konnte sich vor allem damit massiv verstärken, dass sie auf die tiefe Orientierungslosigkeit, auf das Gefühl sozialer Unsicherheit, auf die Perspektivlosigkeit, die zum Schicksal eines grossen Teils der Bevölkerung geworden war, Antworten zu geben verstand, die den Menschen ein Gefühl der Sicherheit geben,

1. Das Umfeld, in dem wir politisch intervenieren

speziell die Vorstellung, die *Schweiz* könne wieder unabhängig werden, eine Rückkehr zu einer mythischen *Schweiz* sei möglich, zu einem Land, wo Ordnung und Wohlergehen für alle herrschen. Die *SVP* hat es auch verstanden, sich als eine Kraft zu präsentieren, die mit dem Politestablishment gebrochen hat. Dieses war in mehrere Affären verwickelt, die ihm geschadet haben. Dies gilt insbesondere für die *Freisinnig Demokratische Partei (FDP)* (*Kopp-Affäre*, *Swissair-Skandal* usw.). Die *SVP* hat auch davon profitiert, dass die sogenannte «Linke» damit begann, von der «*Europa-Generation*», von der *Europäischen Union* als vom «*Paradies auf Erden*» zu reden, als breite Schichten Lohnabhängiger und RentnerInnen infolge der neokonservativen Gegenreformen verunsichert waren. Eine «Linke», die auf die soziale Krise nicht nur keine passenden Antworten zu geben vermag, sondern die die neokonservativen Gegenreformen sogar immer wieder akzeptiert und oft aktiv unterstützt hat (siehe Punkt 2 weiter unten).

Zweifellos ist die *SVP* einen Konfrontationskurs gefahren und hat einen Stil entwickelt, der der politischen Kultur in der *Schweiz* teilweise fremd ist. Auch frönt sie offen einem reaktionären Populismus à la *Berlusconi* oder *Sarkozy* – obwohl die Situation in der *Schweiz* nicht mit *Italien* oder *Frankreich* verglichen werden kann – wobei sie Ordnungswerte, nationale Identität, persönliche Leistung und Jagd auf «*Missbräuche*» im Sozialwesen miteinander vermischt. Es ist jedoch falsch, die *SVP* für eine Kraft zu halten, deren soziopolitisches Projekt sich von jenem der *FDP* oder *CVP* qualitativ unterscheidet oder sie als faschistoid oder sogar als faschistisch zu bezeichnen, wie dies die sogenannte «Linke» tut, auch ihr angeblich extremer Teil – *A gauche toute!*

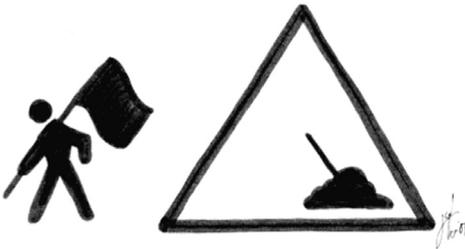
- Die grundlegenden Ziele sind von den innerbürgerlichen Konflikten unberührt geblieben: alle bedeutenden Sektoren der Unternehmerschaft und der Rechten haben zu Beginn der 1990er Jahre zur Umsetzung und zum Gelingen der konservativen Gegenreform beigetragen.
- Der hauptsächliche Streitpunkt ist zumindest vorläufig gelöst: die Ablehnung eines *EU*-Beitritts wird heute von der Schweizer Bourgeoisie und ihren Parteien weitgehend geteilt. Dies umso mehr, als sie mit der *EU* in für sie wesentlichen Fragen bilaterale Abkommen abschliessen kann (Steuern, Personenfreizügigkeit usw.).
- Die *SVP* kann auf keinen Fall mit einer marginalen rechtsextremen Partei verglichen werden. *Christoph Blocher*, ihr Leader, sowie ein Teil der Führungsequipe, sind voll ins Schweizer Grosskapital integriert.

Die Tatsache, dass alle bürgerlichen Parteien im wesentlichen die gleiche politische Linie vertreten, heisst aber nicht, dass sich in der letzten Periode nichts verändert hätte. Im Gegenteil: in den 1990er Jahren und in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends sind alle Parteien nach rechts gerückt, besonders die sogenannte «Linke». Der kürzliche «*Strauss konservativer Vorschläge*» der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS)* zur «*Jugendkriminalität*», zum 1. August (Nationalfeiertag), zu den Bettlern usw., zeigt das eindeutig. Gleiches gilt für Vorschläge von *SP* und *Grünen* zu anderen Themen, wie zu den Steuern zum Beispiel. Letztere legitimieren diese Politik und begleiten sie aktiv, anstatt die Steuer geschenke an das Kapital zu bekämpfen. Dieser Rechtsrutsch zeigt sich auch darin, dass die gesamte sogenannte «Linke» jede(n) Rechts- ▶

◀ politikerIn unterstützt oder wählt, selbst von der SVP, ganz nach dem Motto «*alle, nur nicht Blocher und seine Gefolgsleute*». Die Bundesratswahl vom 12. Dezember 2007 hat das gezeigt. Sogar die sogenannte «*extreme Linke*» in der Person von *Josef Zisyadis*, Nationalrat von *A gauche toute!* geht voll in diese Richtung. Auch er hat zur Wahl von *Eveline Widmer-Schlumpf* (SVP) aufgerufen, die laut *Alain Berset*, SP-Ständerat des Kantons *Freiburg*, von allen sieben Bundesräten «*bestimmt am weitesten rechts steht!*»¹⁾ Dahinter verbirgt sich ganz klar der Wunsch, ein «*linkszentristisches*» Bündnis mit der CVP (*Christlich-demokratische Volkspartei*) und ihren Trabanten aufzubauen, was selbst *Pages de gauche* gerne sehen würde, eine Zeitung jener Kreise, die sich gerne als SP-Linke bezeichnen... Das gleiche wird übrigens mit der Gründung der *Demokratischen Partei* in *Italien* angestrebt. Dies wiederum hat in *Frankreich* zu Gesprächen zwischen *Ségolène Royal* und *François Bayrou* geführt, die noch nicht abgeschlossen sind. Diese Entwicklungen gehen in Richtung einer «*Amerikanisierung*» der europäischen Politik. Dazu gehört unter anderem das bürgerliche Zweiparteiensystem.

1) *Le Temps*, 15. Dezember 2007

- SCIOPERO! -



Soziale Unzufriedenheit und Widerstandspotential

Während die heutige Situation vom Sieg der neokonservativen Offensive, der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung und einem Rechtsrutsch in der Politik geprägt ist, haben eben diese neokonservativen Angriffe zu einer diffusen Unzufriedenheit geführt, die auch positive Auswirkungen hat:

- Bei Volksabstimmungen sind Gesetze abgelehnt worden, die einen klaren Sozialabbau bedeutet hätten, wie die erste Revision des Arbeitsgesetzes (1996), das Elektrizitätsmarktgesetz (2002) und das «*Sozialabbau-Paket*» von 2004 (11. AHV-Revision, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Steuerpaket).
- Diese Protestabstimmungen sind zwar der Rechten wie der SVP, der *Lega* oder dem *Mouvement des citoyens genevois* (MCG, Genfer Bürgerbewegung) zugute gekommen, aber auch der sogenannten «*extremen Linken*» in der *Waadt*, in *Genf* und *Neuenburg*.
- Dabei handelt es sich um eine ziemlich diffuse Ablehnung des «*Neoliberalismus*», vor allem in der *Romandie*. In diesem Landesteil haben die Liberalisierer ihre Schlacht zur Durchsetzung ihrer Weltsicht noch keineswegs gewonnen. Einige Abstimmungen, insbesondere über den öffentlichen Dienst, haben das gezeigt (Elektrizitätsmarktgesetz, Bundespersonalgesetz, Privatisierung des Strassenverkehrsamtes im Kanton *Waadt*).
- Die radikale Kritik an der bestehenden Ordnung ist in einem Teil der Jugend auf ein gewisses Echo gestossen. Dies zeigt der langandauernde «*Erfolg*» der Antiglobalisierungsbewegung («*Das Andere Davos*», die Mobilisierung gegen den *G8-Gipfel* in *Evian* usw.).

1. Das Umfeld, in dem wir politisch intervenieren

Das gleiche gilt für die Bewegung gegen den *Irak-Krieg*, deren Ausmass seit dem *Zweiten Weltkrieg* ihresgleichen sucht.²⁾

- In Teilen der abhängig Beschäftigten besteht eine gewisse Bereitschaft zum kollektiven Handeln. Wir nennen als Beispiele den siegreichen Kampf für die Frühpensionierung im Baugewerbe, die zahlreichen Mobilisierungen im öffentlichen Dienst und die Streiks in einigen Betrieben (*Zentralwäscherei Basel, Sapal, Filtrona, Orange, Boillat* usw.).

Auch wenn die Bedeutung dieser Mobilisierungen nicht überschätzt werden darf, hatten sie doch zumindest zwei positive Auswirkungen, die in der *Schweiz* sehr wichtig sind, in einem Land, das sehr stark vom Kompromiss und vom sozialen Frieden geprägt ist. Zehntausende abhängig Beschäftigter konnten dabei kollektives Handeln selber erfahren. Diese Protestbewegungen haben Demonstrationen und Streiks als Mittel zur Durchsetzung von Rechten der abhängig Beschäftigten die Legitimation zurückgegeben, die verloren gegangen war. Einige Male hatte sich eine so starke Mobilisierungsdynamik entwickelt, dass ein Kampf auf hohem Niveau möglich gewesen



Gianni Frizzo, Präsident des Streikkomitees bei den *Officine (SBB-Cargo)*, Bellinzona, Tessin

wäre, wenn die Gewerkschaftsführungen nicht sabotiert hätten. Denken wir nur an den *Swissair-Skandal* im Herbst 2001, wo die Voraussetzungen für einen Kampf grossen Ausmasses gegeben waren. Das gleiche gilt für die *Post*, als im Herbst 2003 der erste *REMA-Plan* präsentiert wurde (Umstrukturierung der Verteilzentren). Im Kanton *Waadt* hätte die Mobilisierung im öffentlichen Dienst im Herbst 2004 zu einem unbefristeten Streik führen können. Diese Dynamik konnte nur mit der Kapitulation der Leitung der Gewerkschaft *SUD* gebrochen werden. ●

2) Es sei darauf hingewiesen, dass nach der Teilnahme an solchen Mobilisierungen nur sehr wenige begonnen haben, sich dauerhaft politisch zu engagieren, was für die Linke links «*der Linken*» eine Herausforderung darstellt.



Demonstration der Tessiner Bevölkerung in *Bellinzona* zur Unterstützung des Streiks der *Officine*-Arbeiter, 2. April 2008

2. Die Natur der «Linken»

Es kam zu einem zweifachen Bruch in der Arbeiterbewegung. Früher bestand sie aus «organisierenden» Strukturen und war eine Referenz im politisch-gewerkschaftlichen und kulturellen Denken der abhängig Beschäftigten.

Das Ende einer Phase der Arbeiterbewegung

Der erste Bruch besteht darin, dass die frühere Sozialdemokratie jede Politik endgültig aufgegeben hat, mit welcher «eine Zeit nach dem Kapitalismus» konkret vorbereitet wird (während *François Mitterrand* 1981 noch vom «Bruch mit dem Kapitalismus» gesprochen hatte!). Diese Entwicklung verlief je nach Land unterschiedlich schnell und hatte nicht überall die gleiche Bedeutung. Da in der Schweiz der Bezug zum Sozialismus weitgehend ein Mythos war, blieb dies hierzulande praktisch ohne Folgen. Der Spielraum für eine «Sozial»-Politik, wie sie die sogenannte «Linke» sah, wurde immer kleiner. Deshalb ist in keinem Bereich mehr auch nur das kleinste Reformprojekt geplant. Die bedeutendste Symbolfigur der *SP*, Bundesrätin *Micheline Calmy-Rey*, plant nicht nur keine einzige noch so kleine Reform sondern ist stattdessen die eifrigste Vertreterin der Interessen der Schweizer Bourgeoisie im Ausland, wo sie sich vehement vor allem für das Bankgeheimnis, für Steuergeschenke an das Kapital und für die *Bilateralen Abkommen* mit der *EU* einsetzt. Sie hat sich auch sehr engagiert, um dem Nationalfeiertag, dem 1. August, neue Legitimität zu verschaffen, der eingeführt worden ist, um der aufkommenden Arbeiterbewegung etwas entgegenzusetzen! Ihre diesbezüglichen Äusserungen unterscheiden sich in nichts von jenen, die *Pascal Couchepin* (*FDP*) oder sogar *Christoph Blocher* (*SVP*) an ihrer Stelle machen würden.

Zweitens haben sich die Beziehungen zwischen den früher sozialdemokratischen Führungen und den abhängig Beschäftigten stark gelockert. Gleichzeitig integrierten sich führende *SP*-Mitglieder zunehmend in den Staatsapparat (öffentliche Betriebe) oder auch in Privatbetriebe, wo sie unternehmerische Führungsaufgaben übernahmen. Die *SP*-Führung besteht heute auf lokaler wie auf gesamtschweizerischer Ebene im wesentlichen aus (bürgerlichen) Regierungsmitgliedern, aus hohen Staatsbeamten (*Benedikt Weibel*, *Ulrich Gygi* usw.) und aus privaten UnternehmerInnen (*Jean-Noël Rey*, *Anita Fetz* usw.). Zwischen den neuen sozialliberalen Eliten und jenen, deren Interessen sie vertreten sollten, besteht heute eine tiefere soziologische und kulturelle Kluft als früher. Der Wille, Organisationen aufzubauen und Kämpfe zu führen, ist aus den politischen und sozialen Aktionskonzepten der sozialliberalen Spitzengremien weitgehend verschwunden. Im Grunde genommen existieren die abhängig Beschäftigten als kollektives Subjekt in ihrer Ideenwelt nicht mehr.

Heute kann deshalb nicht mehr von Sozialdemokratie gesprochen werden – diese hat sich weitgehend zum Sozialliberalismus gewandelt. Es darf heute vom Ende einer historischen Phase der ArbeiterInnenbewegung gesprochen werden.³⁾ ▶

3) Das heisst aber keineswegs, dass die Rolle, die die Sozialdemokratie früher gespielt hat, positiv zu beurteilen ist: seit über einem Jahrhundert kann die Bourgeoisie bei der Verteidigung der bürgerlichen Ordnung und des Imperialismus auf sie zählen, auch wenn dies mit Widersprüchen verbunden war.

◀ «Aktiver Beitrag» zur Durchsetzung von Gegenreformen

Die Sozialliberalen arbeiten aktiv dafür, dass alle Aspekte des sozialen Lebens den Rentabilitätsansprüchen des Kapitals untergeordnet werden. In der Schweiz haben sie «aktiv» zur Durchsetzung mehrerer neokonservativer Gegenreformen «beigetragen»:

- Ihnen ist es zu verdanken, dass in einer Volksabstimmung die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 64 Jahre angenommen wurde.
- Sie sind es, die die Bundesbetriebe zerschlagen haben und jetzt durchsetzen, dass sie finanziell rentabel werden – auf Kosten des Personals und der BenutzerInnen (*Post, SBB*).
- Sie sind es, die die Einführung des «workfare»-Prinzips bei den Sozialversicherungen unterstützt haben. ⁴⁾

• Dank ihnen konnte der Arbeitsmarkt liberalisiert werden.

• Sie sind es, die massgebend dazu beigetragen haben, dass die Mehrwertsteuer eingeführt werden konnte, ein Hauptpfeiler der unsozialen Gegenreform bei den Steuern.

Das Bürgertum hat trotz des Ausmasses seiner neokonservativen Offensive die gutschweizerische Tradition der «Konkordanz» nie in Frage gestellt, das heisst den Einbezug der *SP* (in untergeordneter Stellung) in die Festlegung und Umsetzung der Politik im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen (des Bundes, der Kantone und Gemeinden). Das Bürgertum ist sich voll bewusst, dass es seine neokonservative Politik dank dem Einbezug der *SP* ohne grössere Widerstände umsetzen kann, dass ihr dies die Sache erleichtert. Der Einbezug der *SP* verleiht der bürgerlichen Politik politisch und ideologisch einen «linken» Anstrich. ⁵⁾



4) Wortkombination entstanden aus *welfare* (Wohlfahrt, Sozialhilfe) und *work* (Arbeit). Bezeichnet die in den letzten Jahren des Sozialabbaus entstandene Idee, als Gegenleistung zur Sozialhilfe die Erbringung von Arbeit zu verlangen unter dem Vorwand, damit könne Arbeitslosigkeit bekämpft werden.

5) Nicolas Sarkozy hat eine ähnliche Richtung eingeschlagen: er hat sogenannten «linke» Minister in seine Regierung geholt und Persönlichkeiten aus der gleichen Ecke Mandate verteilt, um der rechten Politik im Interesse des französischen Bürgertums einen «linken» Anstrich zu geben.

2. Die Natur der «Linken»

Damit können selbst jene bürgerlichen Pläne durchgezogen werden, die bei der SP-Basis auf den grössten Widerstand stossen, wie es sich zum Beispiel bei der Liberalisierung des Arbeitsmarktes gezeigt hat. Das Bürgertum hat demnach überhaupt keinen Grund, diesen Einbezug der SP in Frage zu stellen.

Für das Bürgertum ist diese Politik umso gerechtfertigter, als die sogenannte «Linke» «diese rechte Politik betreibt, ... zu welcher die Rechte nicht imstande war», sobald sie die Mehrheit hat.⁶⁾ Man denke nur an die Beschlüsse der Genfer und der Neuenburger Regierung: Kürzung der Sozialhilfe, Infragestellung der temporären Anstellungen, mit denen ausgesteuerte Erwerbslose wieder Tagelohnbezugsberechtigt werden können, Senkung der Beiträge an die Krankenkassenprämien, der AHV/IV-Ergänzungsleistungen usw.

A gauche toute! (Alle nach links!): wirklich?

Die Koalition *A gauche toute!* in der Romandie ist nach Meinung ihrer Leitung die Verkörperung der «antiliberalen Linken». Das ist Hochstapelei.

Die verschiedenen Teile dieser Koalition lassen etwas völlig ausser Acht, was selbst für eine «antiliberalen» Kraft ein grundlegendes Anliegen sein sollte: den Auf- und Ausbau organischer Verbindungen zu den abhängig Beschäftigten, die direkte Teilnahme an ihrer Organisation, die Förderung ihrer kollektiven Selbstaktivität. Für die einzelnen Organisationen von *A gauche toute!* sind die politischen Institutionen – von den Parlamenten über die Regierungen bis zu den Einrichtungen halbdirekter Demokratie – zum einzigen Ort gewor-

den, wo Politik gemacht werden kann. Noch schlimmer: im Grunde genommen verwalten sie in Gemeinde- und Kantonsregierungen nur noch die Angelegenheiten des Bürgertums: in einem organischen Bündnis mit den anderen sogenannten «linken» Kräften – und selbst mit Bürgerlichen («Zauberformel»). Überall dort, wo sich Leitungsmitglieder von *A gauche toute!* an einer Exekutive beteiligt haben, haben sie sich der sozialliberalen Politik angeschlossen und Abbaumassnahmen in der Sozialpolitik mitgetragen. ●



**Enteignet die
Enteigner!**

6) *Bilan*, 10. Mai 2006



Protestaktion des *Solidaritätskomitees Zürich* vor der *Lindt & Sprüngli* in *Kilchberg*, *Kanton Zürich*, November 2008

3. Voraussichtliche Entwicklung der politischen Landschaft der Schweiz

Nichts scheint auf tiefgreifende Veränderungen in der Schweizer Politik hinzuweisen.

Das Bürgertum wird wahrscheinlich seine historische Politik der grossen Koalition beibehalten: eine «*Konkordanz*»-Regierung auf Bundes- wie auf lokaler Ebene. Diese Option sichert ihm in der Tat die grösste Stabilität, was vom bürgerlichen Standpunkt aus gesehen entscheidend ist.

Die Blocher-SVP ist zwar aus dem Bundesrat ausgeschlossen worden, aber das bedeutet nicht, dass es zu einem alternierenden Regierungssystem kommt.⁷⁾

Diese grosse Koalition wird wie bis anhin weiterhin das gleiche «*politische Programm*» umsetzen. Auf der Menukarte stehen: die Flexibilisierung/Erhöhung des AHV-Alters, die Verstärkung der Marktmechanismen im Gesundheitswesen, weitere Liberalisierungen/Privatisierungen (Energie, Post usw.), weitere Steuersenkungen für das Kapital verbunden mit einer stärkeren steuerlichen Belastung der abhängig Beschäftigten, ein weiterer Abbau bei den Sozialversicherungen (Erwerbslosen- und Invalidenversicherung usw.) und anderes mehr.

In all diesen Fragen wird sich die vorherrschende Rechte in diesem Land weitgehend einig sein, auch wenn es bei der Umsetzung dieses «*politischen Programms*» was Rhythmen oder Modalitäten angeht, auch in Zukunft zu Meinungsverschiedenheiten kommen kann.

Nichts weist zudem darauf hin, dass die Regierungsbeteiligung der SP als Juniorpartnerin in Frage gestellt wird. Wie gesagt kommt die Bourgeoisie voll auf ihre Rechnung: zahlreiche

Gegenreformen wären mit der SP in der Opposition viel schwieriger durchzusetzen.

Die Hypothese, wonach sich die SP kurzfristig in eine «*Demokratische Partei*» nach US-amerikanischem Muster verwandelt, scheint wenig glaubhaft. Ihre Politik unterscheidet sich nicht mehr wirklich von einem solchen Parteityp und ihr bereits vollzogener Rechtsrutsch steht ausser Zweifel. Trotzdem wird ihre neue Leitung unter *Christian Levrat* auch weiterhin auf beiden Hochzeiten tanzen: sie wird eine grundsätzlich rechte Politik betreiben, die sich darin zeigt, dass die SP die Umsetzung der neokonservativen Gegenreformen begleitet oder sich sogar direkt an deren Umsetzung beteiligt. Dabei kann sie diese einwenig abfedern, falls die Rechte dies zulässt. Sie kann punktuell Widerstand leisten, falls die Rechte ihrer Meinung nach «*zu weit geht*». Wie zum Beispiel beim Referendum gegen die Steuer geschenke an Grossaktionäre, über das am 24. Februar 2008 abgestimmt wird. Die Chance, dass die SP sich so verhält, ist umso grösser, als ihr für die Option «*demokratische Partei*» der/die PartnerIn fehlt. Weder für die *Freisinnigen* noch für die CVP kommt soetwas in Frage. Die diesbezüglichen Aufforderungen einiger SP-Vertreter ändern daran nichts.

Folglich wird die SP weiterhin als eine linke Kraft erscheinen, in welcher viele Lohnabhängige eine Art Schutzwall vor der Politik der Rechten sehen, die von der SVP dominiert wird. ●

7) Sollte dies für die Bourgeoisie zwingend werden, hätte sie damit keine Probleme: zwei mögliche Koalitionen stünden ihr zur Auswahl – eine mit der Blocher-SVP, eine ohne sie – mit beiden könnte sie ganz im Sinn ihrer Klasseninteressen regieren.

**Seien wir realistisch,
versuchen wir
das Unmögliche!
(CHE)**



4. Welche strategische Ausrichtung in diesem Umfeld?

Für unsere strategische Ausrichtung ist das programmatische Erbe des revolutionären *Marxismus* unerlässlich, auch wenn einige seiner Thesen aufgrund der Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte aktualisiert werden müssen.

Die Organisation und Selbstaktivität möglichst vieler muss gefördert werden

Eines steht ausser Frage: der Bruch mit dem Kapitalismus, der Antrieb unseres Engagements, ist nur möglich, wenn die Lohnabhängigen bei der Verteidigung ihrer Rechte selbst zu Akteuren werden. Das ist die erste Voraussetzung für die Entstehung von Kollektiven, die Können und Erfahrung sammeln, die gegenüber den Herrschenden ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln, die die Realität nach anderen Kriterien lesen können als ihnen dies die Herrschenden vorgeben und die folglich ihr Handeln umfassender sehen. Um es mit *Ernest Mandel* zu sagen: «Das autonome Handeln und die Selbstorganisation der Arbeiter selbst ist die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung des Klassenbewusstseins. Es ist die Erfahrung mit kollektiven und siegreichen Massenkämpfen gegen das Kapital und seinen Staat – am Arbeitsplatz und in der Gemeinde –, was Arbeiterschichten für radikale und revolutionäre politische Ideen empfänglich macht (...).»⁸⁾ Es ist eine Hauptaufgabe der revolutionären AktivistInnen, dafür zu sorgen, dass sich die Lohnabhängigen und – allgemeiner – alle Unterdrückten weitestmöglich selbst organisieren und aktiv werden.

Dies bleibt allerdings nicht ohne Folgen. Es bedeutet, dass «nicht das eigene Profil gepflegt werden darf», wie *Marx* sagte, als er über die Sektierer sprach. Das heisst vielmehr Beteiligung an den Strukturen und Schauplätzen,

um den sozialen Konflikt voranzutreiben. Das heisst auch, auf Aktionseinheiten hinarbeiten, damit kollektive Mobilisierungen entstehen oder sich ausweiten.

Aufbau einer neuen Arbeiterbewegung... und einer antikapitalistischen Linken

Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich das Umfeld verändert hat: eine historische Phase der Arbeiterbewegung ist zu Ende. Die Bindungen zwischen den Lohnabhängigen und ihren Organisationen – Parteien, Gewerkschaften, Ausbildungs- und Sozialisierungsorte usw. – sind nur noch ein Schatten von dem, was sie einmal waren. Historisch gesehen hat die revolutionäre Linke – sie war immer eine Minderheit oder sogar eine extreme Minderheit – versucht, die Führungsgremien der Arbeiterbewegung zu beeinflussen, um so die Selbstaktivität der Lohnabhängigen anzuregen. «Der Kampf für die Einheitsfront ist ein Kampf für die wahre Aktionseinheit der Masse der Arbeiter, die wegen der Spaltung der Arbeiterklasse in vielen wenn nicht sogar in den meisten Fällen ohne die reformistischen Führungen nicht zu realisieren ist.»⁹⁾ Dieses «Schema» ist zumindest teilweise überholt. Es ging davon aus, dass diese Sektoren – «die reformistischen Führungen» – die Massen im eigentlichen Sinn des Wortes organisiert haben. Auch wenn «Ruinen nicht *Tabula rasa* bedeutet»,¹⁰⁾ ist die ►

8) Charles Post, «Ernest Mandel et la théorie marxiste de la bureaucratie», in *Le marxisme d'Ernest Mandel*, Actuel Marx Confrontation, PUF, 1999, S. 99

9) Ernest Mandel, *La pensée politique de Léon Trotsky*, La Découverte/Poche, 2003, S. 82/83 (Übersetzung der französischen Fassung)

10) François Duval, *Critique communiste*, Juli 2005, S. 174: «paysage dévasté ne signifie pas table rase»

◀ Situation heute anders. Daraus ergibt sich für die RevolutionärInnen eine andere Aufgabe: sie müssen dazu beitragen, dass mit einer Reihe sozialer und politischer Erfahrungen eine neue Arbeiterbewegung von unten entstehen kann, eine neue Bewegung der Selbstbefreiung der ArbeiterInnen. Ziel dieser neuen Bewegung muss die Machteroberung sein, damit die Profitlogik durch die Logik der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse dadurch ersetzt werden kann, dass sich die Lohnabhängigen den gesellschaftlichen Reichtum und die grundlegenden Produktionsmittel kollektiv aneignen. Oberste Priorität hat die Beteiligung am «Aufbau» dieses sozialen Blocks, der sich aus verschiedenen Bewegungen herausbilden wird, die – anfänglich wahrscheinlich bloss teilweise – mit der Logik des Kapitals gebrochen haben.

Obwohl wir uns am Anfang voll am «Aufbau» einer neuen Arbeiterbewegung beteiligen müssen, müssen wir gleichzeitig auch revolutionärsozialistische Propaganda und Schulung betreiben, um so Mitglieder zu gewinnen und marxistisch zu schulen. Das ist sozusagen unsere zweite «Aufgabe». Für die «Entstehung» eines solchen sozialen Blocks ist der Aufbau einer antikapitalistischen und sozialistischen Linken in der Schweiz und anderswo notwendig, ja sogar unerlässlich. Es braucht den Aufbau und die Schulung einer «Kampfgemeinschaft», die im Dienste der kollektiven Organisation und der Selbstaktivität der Lohnabhängigen und generell der Unterdrückten steht.

Kurz, wir stehen vor einer doppelten Aufgabe: wir müssen uns ausgehend von vielfältigen Formen kollektiver Organisation und Selbstaktivität der Unterdrückten an der Entstehung eines aktiven sozialen Blocks beteiligen. Und

wir müssen eine revolutionäre politische Kraft aufbauen, die im Klassenkampf eine aktive Rolle zu spielen vermag.

Unser Projekt steht jenem der «Linken» diametral entgegen

Deshalb verstehen wir unser Projekt als Alternative zu den Projekten aller «linken» Kräfte. Wir wollen keine Regierungslinke aufbauen sondern eine kämpfende Linke, die meilenweit vom Lavieren und Taktieren der Politiker entfernt ist, meilenweit entfernt von der Parlaments-Logik, von Verhandlungen (das heisst von Kompromissen) am Grünen Tisch, wie sie die «Linke» betreibt. Nur so haben wir überhaupt eine Chance, bei einem Teil der arbeitenden Bevölkerung längerfristig an Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Die Absicht, die «extreme Linke» von oben neu aufzubauen, führt in die Sackgasse: wir befürworten den umgekehrten Weg.

Die Vorstellung, die *SP* sei eine Alternative zur Rechten und man könne deshalb mit ihr Regierungs- und/oder parlamentarische Bündnisse eingehen, ist nicht dafür geeignet, das antikapitalistische Bewusstsein der Lohnabhängigen zu stärken; damit kann sich nicht einmal ein Klassenbewusstsein entwickeln. Dies bewirkt nur eines: es macht die angeblich «linke» Identität vertrauenswürdig, mit der sich die Politik der Sozialliberalen gerne schmückt. Dies schafft Verwirrung und führt zur Entpolitisierung. Die Rolle, die die *SP* tatsächlich spielt, enttäuscht immer wieder von Neuem. Diese Mechanismen sind es dann, die dem Populismus im Allgemeinen und der *SVP* im Speziellen in die Hände spielen.

Die Ansicht, die *SP* sei eine Alternative zur Rechten, ist auch deshalb falsch, weil sie und ihre Satelliten behaupten, die *FDP* und die

4. Welche strategische Ausrichtung in diesem Umfeld?

CVP, ja selbst ein Teil der SVP seien eine Alternative zur Blocher-SVP, weil sie die «Konkordanz»-Politik, das heisst die Regierung der nationalen Einheit, vehement verteidigen und sich völlig damit identifizieren.¹¹⁾ Dies verstärkt die erwähnten Mechanismen nur noch. Damit überlässt man den herrschenden Klassen, die im Gegensatz zu den «Extremisten Blocherscher Prägung» angeblich «vernünftig» sind, bei der Umsetzung ihrer neokonservativen Gegenreformen freie Hand.

Generell ist die Bereitschaft zu einer bürgerlichen Politik in Kanton und Gemeinden, wie sie *A gauche toute!* praktiziert, mit einer antikapitalistischen Politik unvereinbar, mit welcher ohne Wenn und Aber die Organisation und Selbstaktivität der Unterdrückten gefördert werden soll. Wir unterstützen voll und ganz *Salvatore Cannavò*, Mitglied von *Sinistra critica* in Italien, wenn er «für die Opposition» plädiert. An der Versammlung, an welcher der endgültige Bruch von *Sinistra critica* mit *Rifondazione comunista* (PRC) beschlossen wurde, sagte er: «(...) Wir wollen den Kapitalismus nicht mitverwalten. Deshalb haben wir uns für den Oppositionskurs entschieden: Die klassenkämpferische Linke muss ihre Kräfte sammeln, Formen der sozialen Selbstverwaltung fördern, Institutionen, die als Wachhund des Systems funktionieren, radikal verändern und Gewicht und Macht in der Gesellschaft erlangen: Erst dann kann die Frage der Regierung gestellt werden.»

Um es mit den Worten von *François Sabado* zu sagen, einem Leitungsmitglied der *Ligue communiste révolutionnaire* (LCR) in Frankreich: «Jede Form der Beteiligung an einer Regierung der Linkseinheit oder deren Unterstützung basiert auf der Anerkennung der politischen Institutionen und des Privateigentums. Diese Regierungsbeteiligung wiederum führt dazu, dass die Forderungen der Bevölkerung dem Gleichgewicht der bestehen-

den politischen Institutionen untergeordnet und die Entwicklung sozialer Kämpfe gebremst werden, solange sich diese Regierungen dem nicht willentlich widersetzen.»¹²⁾

Zur Illustration seien hier zwei konkrete Beispiele genannt:

Die Angestellten der Stadt *Genf* hatten beschlossen, am 4. Dezember 2007 in den Ausstand zu treten. Damit wollten sie sich gegen die Abbaupolitik der mehrheitlich «linken» Stadtregierung zur Wehr setzen. Mit dem Streik hätte das städtische Personal die direkte Aktion erproben und damit gegenüber den Vertretern des bürgerlichen Staates ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln können.

Doch was taten die *solidaritéS*-VertreterInnen? Sie taten alles, um den Streik zu verhindern. Unter der Federführung ihres Stadtrates *Rémy Pagani* wurde ein Abkommen ausgehandelt, mit dem nur wenige Forderungen des Personals erfüllt wurden. Und weshalb? Weil «die Stadt eine verantwortungsbewusste Arbeitgeberin ist und den sozialen Frieden aufrechterhalten will» und weil es «ungeschickt gewesen wäre, das Jahr mit einem schweren Konflikt mit den städtischen Angestellten zu beginnen, wo diese ▶

11) Nach der Wahl des Bundesrates hat der Erste Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, *Robert Zimmermann*, dieses Gremium folgendermassen beschrieben: «eine Landesregierung, die gesprächs- und lösungsbereiter sein wird. Die erneuerte Konkordanz konstruktiver politischer Kräfte.» (Pressecommuniqué des SGB, 17. Dezember 2007).

12) *Critique communiste*, Juli 2005, S. 153/154. Was *Rosa Luxemburg* dazu gesagt hat, ist übrigens immer noch aktuell: Die Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung aus Sozialisten macht aus der bürgerlichen Regierung keine sozialistische Regierung, aber die sozialistischen Minister zu bürgerlichen Ministern...

◀ Angestellten kurz vor Verhandlungen mit der Stadt über die Reform des Beamtenstatus standen». ¹³⁾ Sandrine Salerno, SP-Stadträtin, dixit.

Zweites Beispiel: die Demo gegen *Blocher* vom 18. September 2007 in *Lausanne*. Während der Demo hat sich der Vertreter von *A gauche toute!* in der *Lausanner* Stadtregierung, *Marc Vuilleumier*, bei «seinen» Polizeibeamten aufgehalten, weil «dort mein Platz war». ¹⁴⁾ Seiner Meinung nach bestand seine Aufgabe darin, «die Sicherheit des Besuches des SVP-Bundesrates sicherzustellen und «um jeden Preis» zu verhindern, dass Demonstranten in das Ausstellungsgelände des Comptoir suisse gelangen.» Und welches war sein Rezept? «Mit Dialog, Beruhigung und Entschlossenheit». ¹⁵⁾

Langer Rede kurzer Sinn: die Politik der Leitungsmitglieder von *A gauche toute!* steht völlig im Widerspruch zu unserer Politik. Der Politik der Mitverwaltung des Systems stellen wir den Bruch mit dem Kapitalismus entgegen. Oder wie es die italienischen GenossInnen von *Sinistra critica* bei ihrem Bruch mit *Rifondazione comunista* formuliert haben: «zwei verschiedene Projekte verlaufen unterschiedlich».

13) *Le Courrier*, 10. Dezember 2007

14) *Le Matin dimanche*, 30. September 2007

15) *Le Courrier*, 20. September 2007

16) In *Freiburg* existiert sie hingegen nicht, mit dem *Wallis* verbindet sie nur wenig und im *Jura* hat sie eine marginale Präsenz (v.a. in der *SP*). In der *Deutschschweiz* hat sie lediglich in *Zürich* einen «Ableger», die *Alternative Liste (AL)*, zu der sie eine eher konfliktbeladene Beziehung hat. Auch im *Tessin* gibt es nichts Ernsthaftes.

Eine Neuzusammensetzung «von unten»

Deswegen dürfen aber die Kräfte der sogenannten «extremen Linken» nicht übersehen werden. *A gauche toute!* ist trotz ihrer Wahlverluste im Jahr 2007 mindestens in drei Kantonen keine marginale Kraft: in *Genf*, *Waadt* und *Neuenburg*. ¹⁶⁾ In *Genf* haben sie bei den letzten National- und Ständeratswahlen einen Stimmenanteil von 7,5% erreicht, was nicht unbedeutend ist. Auch in *Neuenburg* haben *POP* und *solidaritéS* bei den gleichen Wahlen wegen der Unzufriedenheit über die unsoziale Politik der Kantonsregierung (mit einer «Links»-Mehrheit) stimmenmässig zugelegt: ihre gemeinsame Nationalrats-Liste erhielt 9,2% der Stimmen im Gegensatz zu 5,2% vier Jahre zuvor. Insgesamt haben in diesen drei welschen Kantonen immerhin ca. 25'000 WählerInnen eine der Listen der sogenannten «antiliberalen Linken» in die Urne gelegt.

Abgesehen von der Haltung der führenden Mitglieder von *A gauche toute!* zeigen diese Wahlergebnisse, dass ihre WählerInnen den Neoliberalismus und den sozialliberalen Weg der *SP*-Führung eigentlich ablehnen – «weil es sich dabei eindeutig um eine liberale Politik handelt, welcher ein soziales Mäntelchen umgehängt wird» wie es im *LCR*-Manifest heisst. Oft kam es auch nach sozialen Bewegungen zu diesen Wahlergebnissen. Zweifellos ist *solidaritéS* *Genf* zu Beginn der 1990er Jahre aus den Kämpfen im öffentlichen Dienst dieses Kantons hervorgegangen. Auch der Zuwachs des *POP* im Kanton *Waadt* ist ohne die grossen Mobilisierungen im öffentlichen Dienst nicht zu erklären. Schliesslich profitierte der *POP* auch in *Le Locle* von der Unzufriedenheit der städtischen Angestellten, als diese von der Stadtregierung, in der Liberale und Sozialdemokraten Seite an Seite sassen, frontal ange-

4. Welche strategische Ausrichtung in diesem Umfeld?

griffen wurden. Dies erklärt zumindest teilweise den Einbruch dieser beiden Parteien um die Jahrtausendwende und den starken Vormarsch des POP. Ihre Wahlerfolge verdankte die «antiliberales» Linke ganz klar ihrem «kämpferischen» Profil und ihrem relativen «Bruch» mit dem politischen Establishment und der rechten SP, obwohl sie zu den Mobilisierungen im Kanton Waadt und in Le Locle nichts beigetragen hatte.

Kurz, eine antikapitalistische Organisation kann diese Kräfte und das Echo, das sie haben, nicht ausser Acht lassen. Im Gegenteil, ihnen gegenüber muss eine offensive Haltung eingenommen werden und zwar in zweierlei Hinsicht:

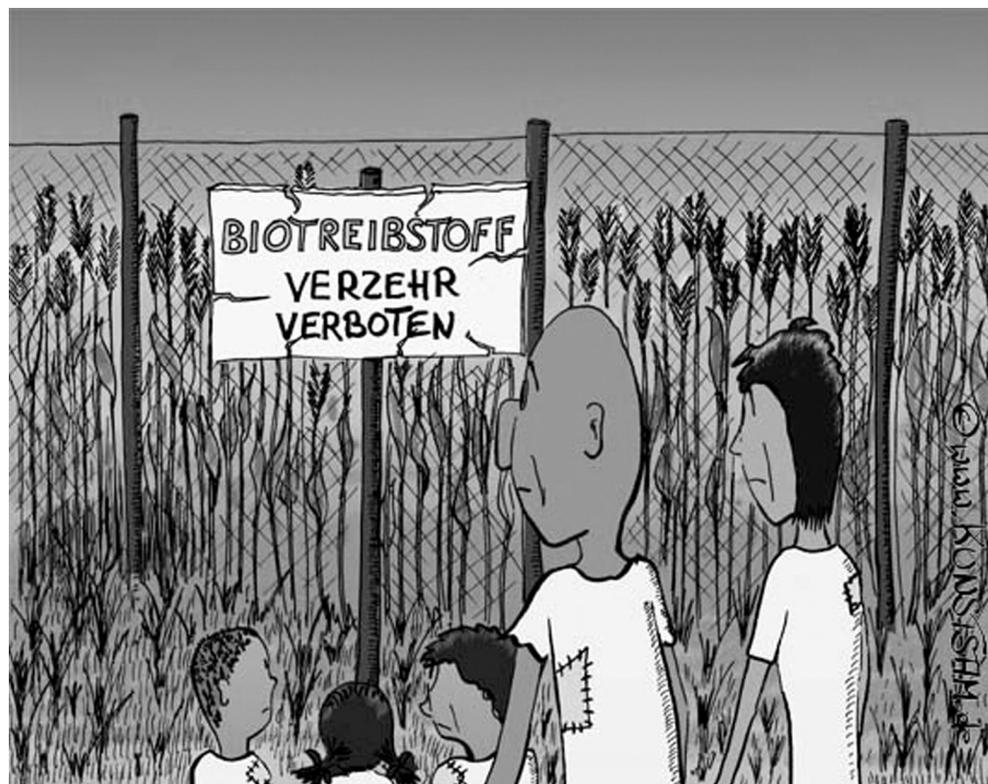
Bei jedem neokonservativen Angriff wollen wir versuchen, zur Schaffung möglichst breiter Bündnisse beizutragen. Das heisst, dass wir diese Aktionseinheit wenn immer möglich auch mit den sogenannten «antiliberalen» Linken, ja selbst mit der SP und den Grünen anstreben wollen.

Zweitens wollen wir uns an die Wählerinnen und Wähler, an die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten dieser Parteien richten und sie pädagogisch auf den Widerspruch hinweisen, der zwischen den antiliberalen Äusserungen ihrer Leitungsmitglieder (zum Beispiel in der Zeitung *solidaritéS*) und deren politischer Praxis besteht, wenn sie in Gemeinden und Kantonen zusammen mit SP und Grünen die Angelegenheiten der Bourgeoisie verwalten. Dieses «Publikum» wollen wir in erster Linie anzusprechen versuchen.

Die Gründung unserer nationalen Organisation am Kongress vom 9./10. Februar 2008 bedeutet keineswegs das Ende eines Prozesses. Mit der Gründung – vor allem mit der Annahme dieses *Politischen Manifestes* – geht

lediglich eine Übergangszeit zu Ende, die nach der Spaltung der *Bewegung für den Sozialismus (BFS)* mit der *konstituierenden Versammlung* vom September 2006 begonnen hatte. Trotz der Gründung sind wir offen gegenüber anderen Organisationen wie zum Beispiel die BFS Freiburg, die sich nicht an unserer Gründung beteiligt hat. Falls Teile der *solidaritéS*-Linken mit der Linie ihrer Führung brechen möchten, sind wir selbstverständlich bereit, eng mit ihnen zusammenzuarbeiten oder selbst zugunsten einer breiteren Gruppierung auf unser politisches Kollektiv zu verzichten. Das gleiche gilt für andere Gruppen oder Gruppenteile mit einer politischen Strategie, die eventuell mit der unsrigen zusammenfliessen könnte.

In der Deutschschweiz wollen wir weiterhin das Gespräch mit Einzelpersonen und/oder Gruppen suchen, die jeder auf seine/ihre Weise das kapitalistische System ablehnen und versuchen, sich an den verschiedenen Formen des Klassenkampfes autonom und ohne Unterwerfung unter den bürgerlichen Staat und die Gewerkschaftsbürokratien zu beteiligen. Deshalb wollen wir die Kontakte, Diskussionen und gemeinsamen Aktivitäten mit dem *Revolutionären Aufbau Schweiz*, mit der *Revolutionär Sozialistischen Organisation (RSO)* in Zürich, mit *Revolution* in St. Gallen und Bern und anderen verstärken, um Erfahrungen im gemeinsamen Handeln zu sammeln mit dem Ziel, eventuell zu Diskussionen über ein gemeinsames politisches Projekt zu gelangen. ●



Voller Tank oder voller Bauch?

5. Welche Aufgaben, welches «Arbeitsprogramm»?

Wir wollen unser «Arbeitsprogramm» aufgrund der oben erwähnten Doppelaufgabe konzipieren: einerseits wollen wir mit unserer aktiven Teilnahme an der Organisierung und Selbstaktivität der Unterdrückten zur Entstehung einer neuen Arbeiterbewegung beitragen. Andererseits wollen wir gesamtschweizerisch eine revolutionäre politische Organisation aufbauen.¹⁷⁾

A. Teilnahme am Aufbau einer neuen Arbeiterbewegung

Etwas hat bei uns absoluten Vorrang: wir wollen dazu beitragen, dass sozial engagierte Netzwerke entstehen und sich entwickeln und am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft mit Kämpfen dafür sorgen, dass Leute klassenunabhängige Positionen zu entwickeln beginnen.

• Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik

Ein geeigneter Rahmen dafür sind die Gewerkschaften. Darauf hinarbeiten, dass die Lohnabhängigen zum aktiven sozialen Subjekt werden, heisst, dass die kollektive Organisierung des Verkaufs der Ware Arbeitskraft nicht übersprungen werden darf.¹⁸⁾ Das ist die Kinderstube des Klassenkampfes und deshalb der Ausgangspunkt für die Selbstaktivität der Lohnabhängigen. Letztere ist die Voraussetzung dafür, dass sie zum aktiven gesellschaftlichen Subjekt werden können. In der heutigen Zeit ist diese Arbeit besonders wichtig, weil die neokonservative Gegenreform zur zunehmenden Zersplitterung der Lohnabhängigen führt, zur Zerstörung organisierter Gruppen, zu extremer Vereinzelung beim Verkauf der Ware Arbeitskraft usw. Mit der Gewerkschaftsarbeit kann diesen Tendenzen entgegengewirkt, kann an der Neuzusammensetzung der Klasse gearbeitet werden. Es braucht die gewerk-

schaftliche Organisierung der Lohnabhängigen. Und es kommt noch etwas hinzu: selbst in der Schweiz besteht bei den Lohnabhängigen ein diffuses Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Organisierung, damit man sich bei persönlichen Konflikten am Arbeitsplatz Hilfe holen kann. Aber auch, um zumindest in aussergewöhnlichen Situationen mit kollektiven Aktionen seine Rechte am Arbeitsplatz verteidigen zu können.

Der Rückgriff auf die Gewerkschaften ist auch deshalb gerechtfertigt, weil es falsch wäre anzunehmen, dass es für revolutionäre AktivistInnen keinen Spielraum gibt, auch wenn es schwierig ist. Es gibt noch Orte, wo man Lohnabhängige organisieren und mobilisieren kann. Die kürzlichen Streiks im Bauhauptgewerbe und im öffentlichen Dienst im Kanton *Waadt* zeigen das. Bereits früher gab es Mobilisierungen wie der Streik bei *Filtrona* zum Beispiel.

Wir wollen unsere Gewerkschaftsarbeit weiterführen, weil man sich vom Klassenstandpunkt ►

17) Die nachstehenden Vorschläge können nicht unbedingt in der ganzen Schweiz gleich umgesetzt werden. Wir sind zwar der Meinung, dass es ein gesamtschweizerisches Aufbauprojekt braucht, aber wir dürfen nicht vergessen, dass es kantonale und regionale (sprachliche) Unterschiede gibt, die allerdings langsam verschwinden. Diese kantonalen oder regionalen politischen Besonderheiten haben vielfältige Gründe, unter anderem der, dass teilweise unterschiedliche Kräfte aktiv sind (seit längerem starke Präsenz der Blocher-SVP und das praktische Fehlen einer «extremen Linken» in der deutschen Schweiz usw.). Unser Arbeitsprogramm muss dieser ungleichen Entwicklung Rechnung tragen.

18) Dies ist die Hauptaufgabe der Gewerkschaft. Sie «organisiert» den Verkauf der Ware Arbeitskraft. Sie hilft den Lohnabhängigen, ihre Arbeitskraft zu ihrem Wert zu verkaufen und nicht zu einem Preis (Lohn) unter diesem Wert.

◀ her gewerkschaftlich organisieren muss, und weil es Spielräume gibt, wo man aktiv werden kann.¹⁹⁾ Sobald wir stärker sind, müssen wir einen Schritt weitergehen: dann soll die Zersplitterung in unserer Gewerkschaftsarbeit überwunden und versucht werden, in informellem Rahmen jene Gewerkschaftssektoren zusammenzuführen, die tendenziell Klassenpositionen vertreten und die nicht Mitglied einer politischen Organisation zu sein brauchen. Dies, um Erfahrungen auszutauschen und um auf bestimmten gewerkschaftspolitischen Fragen zusammenzuarbeiten.

• **Stimulierung und aktive Teilnahme an Auseinandersetzungen zur Förderung der Organisation und Selbstaktivität**

Wenn die Gewerkschaften in unserer Arbeit auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden, so sollen sie doch nicht unser einziges Tätigkeitsfeld sein. Auch in anderen Tätigkeitsfeldern können kollektive Organisation und Selbstaktivität der Unterdrückten angeregt werden.

Zum einen, weil viele Mobilisierungen ausserhalb traditioneller Gewerkschaftsstrukturen und unabhängig von unserer eigenen Intervention entstehen und sich entwickeln. Dies war zum Beispiel der Fall

- bei der Mobilisierung gegen die Schliessung des Kinderspitals in *La Chaux-de-Fonds* (Petition mit 15'000 Unterschriften, Riesen-demo usw.).

¹⁹⁾ Dies soll aber keineswegs heissen, dass man bei Arbeitskonflikten nicht auch selber als politische Organisation intervenieren soll. Ganz im Gegenteil. Solche Interventionen sind gerechtfertigt. Unsere Gewerkschaftsarbeit hat nur dann wirklich einen Sinn, wenn sie mit dem Aufbau einer politischen Organisation verbunden wird.

- beim Widerstand gegen den Plan der Regierung des Kantons *Jura*, die Krippentarife für sogenannte «*Mittelstands*»-Familien massiv zu erhöhen.

- bei einer Reihe von Streiks, die weit über die Gewerkschaften hinausgingen: *Orange*, *Boillat* usw.

Zweitens, weil unter Umständen ad-hoc-Strukturen geschaffen werden müssen, um die kollektive Organisation und Mobilisierung zu stimulieren, wie zum Beispiel bei der Bewegung gegen den *Irak*-Krieg. Oder wenn, wie beim Widerstand gegen die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, nur als politische Organisation interveniert werden kann oder wenn dieser Weg bewusst gewählt wird.

B) Der Aufbau einer eigenen politischen Organisation

Unser Engagement wird sich nicht auf diese wichtige Arbeit zur Organisation gesellschaftlicher Sektoren und zur Stimulierung der Selbstaktivität der Unterdrückten beschränken. Parallel dazu wollen wir eine eigene politische Organisation aufbauen.

Das ist möglich:

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Schichten von Lohnabhängigen, der Prozess wachsender Verunsicherung, das Gefühl einer ungerechten Gesellschaft: all dies kann zu kritischen Überlegungen führen oder sogar zur Bereitschaft, sich zu engagieren, wie dies obige Beispiele zeigen. Angesichts der starken Beteiligung der *SP* an der Verwaltung der Angelegenheiten der Bourgeoisie und auf lokaler Ebene auch der Grünen und von *A gauche toute!* eröffnen sich für eine Kraft, die sich entschlossen links positioniert, neue Aufbauspektiven. Doch abgesehen vom *Tessin* be-

5. Welche Aufgaben, welches «Arbeitsprogramm»?

stehen unsere Kollektive heute erst aus wenigen Mitgliedern, die vorerst nur die elementarsten Arbeiten garantieren können: das Funktionieren der Kollektive sicherstellen, einen Diskussionsrahmen auf gesamtschweizerischer Ebene anbieten, internationale Kontakte aufrechterhalten usw. In dieser Situation wollen wir jene Aktivitäten priorisieren, mit denen wir neue Mitglieder gewinnen können.

Wie soll dieses Ziel erreicht werden?

Propagandazeitungen, Websites, politische Veranstaltungen

Wir wollen weiterhin in allen drei Sprachregionen eine Propagandazeitung herausgeben. In der deutschen und in der französischen Schweiz werden im Grossen und Ganzen Monatszeitungen erscheinen. Dann wollen wir Websites betreiben.

Diese Medien braucht es, damit sich die Mitglieder mit ihrer Organisation identifizieren können und um unsere politischen Positionen bekanntzumachen. Diese Zeitungen können auch dazu beitragen, dass linke Lohnabhängige beginnen, sich Fragen zu stellen, vor allem jene, die wegen der Politik der sozialliberalen Führungen desorientiert sind.

Wir wollen regelmässig Veranstaltungen, Informations- und Diskussionsabende anbieten für Leute, die sich für unser politisches Projekt interessieren (können).

Doch für den Aufbau einer politischen Organisation genügt das nicht. Es braucht weitere Mittel.

Visitenkarte

Wir brauchen eine «Visitenkarte», d.h. einen Text über unser Selbstverständnis (*Warum eine antikapitalistische Linke?*). Er soll folgende «Grundprinzipien» enthalten: es braucht den Bruch mit dem Kapitalismus; die kollektive Organisation und die Selbstaktivität der Unterdrückten haben oberste Priorität; wir lehnen jede Beteiligung an Regierungen ab, die der Verwaltung der kapitalistischen Wirtschaft dienen, wir wirken völlig unabhängig vom Staat und seinen Institutionen usw.

Aufbau in der Jugend

Die sogenannte «Jugendarbeit» ist für den Aufbau jeder revolutionären Organisation zentral. Bis heute gibt es sie allerdings erst im ►



◀ *Tessin*. Bald wollen wir auch in anderen Städten, v.a. in *Zürich* und *Lausanne* und wenn möglich in *Genf* in diese Richtung gehen. Die Art dieses Aufbaus wird in jeder Stadt je nach den jeweiligen Gegebenheiten festgelegt. Damit diese Arbeit gelingen kann, muss sie unbedingt von Jugendlichen geleistet werden und unsere Aktivitäten – Informationsabende und Aktionen – müssen diesem «*Publikum*» angepasst sein.

Politisches Auftreten gegen aussen

Unser politisches Auftreten gegen aussen wollen wir vor allem in der französischen *Schweiz* ändern. Mit unserem neuen Kollektiv wollen wir öffentlich auftreten, in den politischen und gesellschaftlichen Diskussionen präsent sein und mit eigenen Auftritten bekannt werden.

Ein konkretes Beispiel: die letzte Kampagne zu den National- und Ständeratswahlen.

Es gab zahlreiche Gelegenheiten, wo wir mit einer Intervention unser politisches Projekt hätten bekanntmachen können:

a) Die Demo gegen *Blocher* in *Lausanne* am 18. September 2007: Wir hätten an den Schulen für diese Demo mobilisieren können. Wir hätten uns in der Argumentation klar von den Demo-Organisatoren – in erster Linie von *A gauche toute!* absetzen und uns profilieren können. *A gauche toute!* argumentierte in der Logik «*Alle ausser Blocher!*». Deren Vertreter, Stadtrat *Marc Vuilleumier*, war bei der Polizei, die den Auftrag hatte, die Sicherheit *Blochers* zu garantieren und die Demonstranten zu prügeln!

b) Die «*United Black Sheep*» (*UBS*), eine Gruppe Jugendlicher, von denen ein Teil *solidaritéS* nahesteht, nennen sich trotzdem «*antikapitalistisch*». Ihre Argumentation unter-

schied sich stark von jener von *A gauche toute!* Die Gruppe «*fokussierte ihre Aktion nicht auf die SVP und ihren Tribun Blocher*». «*Sollte dieser nicht wiedergewählt werden, wird sein(e) NachfolgerIn sowieso die gleiche Politik weiterführen.*»²⁰⁾ Unsere Argumentation hätte sich mit ihrer Argumentation gedeckt oder hätte bei ihnen zumindest dazu geführt, dass sie sich Fragen gestellt hätten.

c) Anlässlich der Bundesratswahl vom 12. Dezember 2007 hätten wir im Gegensatz zur sogenannten «*Linken*» und zu ihrem angeblich «*extremsten*» Teil, *A gauche toute!*, an den Schulen und an einigen Arbeitsplätzen propagandistisch intervenieren und aufzeigen können, dass diese Logik in die Sackgasse führt. ●

Angenommen am Gründungskongress der Antikapitalistischen Linken

Gauche anticapitaliste

Sinistra anticapitalista

in Schwanden (BE) am 10. Februar 2008.

20) *Le Courrier*, 6. Dezember 2007

5. Welche Aufgaben, welches «Arbeitsprogramm»?



Streik-Demonstration der ArbeiterInnen des multinationalen Eisen- und Stahlkonzerns *Ternium/Sidor*, März 2008

Solidarietà

www.solidarieta.ch

lignes rouges

www.gauche-anticapitaliste.ch

Die Bresche

Bulletin der Antikapitalistischen Linken – für Sozialismus (ALS)

PC 85-374894-0

Die Bresche, 8036 Zürich

Wir freuen uns auf Spenden!

Antikapitalistische Linke- für Sozialismus (ALS)

- Nehmt mit mir Kontakt auf
- Informiert mich über eure Veranstaltungen
- Ich möchte mich politisch engagieren und bei euch mitmachen

Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

Senden an: *Die Bresche*, Postfach 9571, 8036 Zürich, info@bresche-online.ch

Die Bresche

- Schickt mir ein Gratis-Probe-Abo (3 Ausgaben)
- Ich abonniere *Die Bresche* (11 Ausgaben/Jahr ab Fr. 30.-, Unterstützungsabo ab Fr. 50.-)

Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

PC 85-374894-0 oder senden an: *Die Bresche*, Postfach 9571, 8036 Zürich.

